



Fraktionserklärung von GRÜNE, AL und SP

27. März 2024

Gemeinsame Fraktionserklärung: Das Rezept der Härte verhindert keine Gewalt

Immer dann, wenn der Kanton Zürich die alljährliche Kriminalstatistik präsentiert, gehen die politischen Wogen hoch. Es ist die Sternstunde der Populist*innen und ihren Forderungen. Die Fragen nach den Ursachen, strukturellen Hintergründen, warum bestimmte Delikte um so oder so viele Prozentpunkte angestiegen sind und die Situation der Tatverdächtigen, rücken dann in den Hintergrund. Der sachdienliche Hinweis, dass die Kriminalstatistik nur eine Tatverdachts- und keine Gerichtsurteils-Statistik ist, interessiert sowieso niemanden.

Schaut man auf die effektive Gerichtsurteils-Statistik wird jedoch deutlich, dass Aussagen aufgrund der Nationalität umso haarsträubender werden. 2023 wurden 105 Personen aufgrund von Messerattacken verurteilt, diese 105 Personen setzen sich aus Erwachsenen Ausländer*innen, Erwachsenen Schweizer*innen, jugendlichen Ausländer*innen und jugendlichen Schweizer*innen zusammen; eine statistisch sehr kleine Zahl, um überhaupt Aussagen über den Zusammenhang von kulturellen Einflüssen und einer erhöhten Kriminalität der einzelnen Untergruppen zu machen. Wer dies trotzdem tut, nimmt in Kauf die Daten rassistisch auszulegen und blendet wichtige Fakten bewusst aus. Es wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach wissenschaftlich dargelegt, dass die Nationalität weit weniger ausschlaggebend dafür ist, dass Personengruppen kriminell werden: Vielmehr sind es sozioökonomischen Faktoren, die Personen dazu verleiten, kriminell zu werden.

In der diesjährigen Debatte sticht eine Forderung – und insbesondere deren Absender – aber besonders hervor. 32 jugendliche Tatverdächtige wurden in Bezug auf Messerangriffe im Jahr 2023 in der Kriminalstatistik registriert. 7 davon stammen aus Afghanistan, je 3 aus Syrien und Eritrea. Dieser Fakt liess den zuständigen kantonalen Sicherheitsvorsteher Mario Fehr zur Aufforderung hinreissen, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM), solchen Jugendlichen den Asylstatus wegnehmen und diese so schnell wie möglich ausschaffen soll. Allgemein sei jetzt eine härtere Gangart mit delinquenten, unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden angebracht. Aus den Augen aus dem Sinn, ist Fehrs altbewährtes Motto. Applaus erhält Fehr von der kantonalen FDP und der SVP, welche diese Forderungen in einer Medienmitteilung unterstreichen und ihm in Sachen populistischer Effekthascherei in nichts nachstehen. Dabei wird verschwiegen, dass Minderjährige durch besondere Konventionen geschützt sind und selbst wenn das SEM ihren Aufenthaltsstatus entziehen würde, eine zwangsweise Rückführung nicht möglich ist. Sie verbleiben einfach als minderjährige Sans-Papiers im Kanton Zürich. Das Rezept der Härte, so einfach es klingen mag, lässt sich nicht umsetzen und würde vielmehr Gegenteiliges bewirken. Eigentlich müsste dies ein Sicherheitsdirektor wissen.

Neben der Verantwortung für den Sicherheitsbereich verantwortet ebendieser Mario Fehr auch das kantonale Asylwesen. In den letzten zwei Jahren traten konstante gravierende Missstände bei der Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden (MNA) ans Tageslicht. Diese zeigen sich in einer vom Kanton aufgeheizten Dumpingpolitik, in welcher stets das günstige Betreuungsangebot gewählt wurde und zu den verheerenden Missständen in MNA-Zentren wie dem Lilienberg führten. Weiter ist auch Mario Fehr dafür verantwortlich, dass diese Jugendlichen zu wenig Betreuung und professionelle Begleitung haben, keine ausreichende sozio-psychologische Unterstützung erhalten, um ihre Traumata zu bewältigen und kaum Zukunftsperspektiven haben.

Betreuer*innen, Sozialarbeiter*innen oder Jugendpsycholog*innen und -psychotherapeut*innen haben in den letzten Monaten, ja Jahren, gewarnt, dass diese Missstände verheerende Folgen für die gesellschaftliche Integration dieser Jugendlichen und damit verbundene Auswirkungen auf ihr Verhalten haben werden. Hier zeigt sich, dass strukturelle Bedingungen, die adäquat und unterstützend wären, unbedingt nötig sind. Dies gilt für alle Jugendlichen - egal ob mit oder ohne Asylhintergrund. Dass MNA so schlechte Bedingungen haben, ist skandalös und unwürdig. Mario Fehr hat dazu öffentlich immer geschwiegen oder abgewiegelt. Auch die Neuausschreibung des MNA-Auftrags im letzten Herbst liess einige wichtige Fachfragen unbeantwortet. Die versprochenen Verbesserungen lassen auf sich warten und bestehen lediglich aus Ankündigungen.

Jetzt, wo 13 von 32 Tatverdächtige eines medial fokussierten Tatbestandes, Jugendlichen mit Asylhintergrund zugeordnet werden - notabene bei hunderten Jugendlichen, die sich nichts zu Schulden kommen lassen und sich trotz mangelhafter Unterbringung und Betreuung um gesellschaftliche Integration bemühen - hechtet Fehr vor die Mikrophone und markiert den Mann der harten Hand. Als Sozialvorsteher hat Mario Fehr grossen Handlungsspielraum darüber, wie die sozioökonomischen Verhältnisse von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund aussehen. Hätte er seinen Job in den letzten Jahren gemacht, würde die Kriminalstatistik auch anders aussehen. Wir fordern von Mario Fehr und der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat, dass für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund endlich die Bedingungen geschaffen werden, die eine echte gesellschaftliche Integration ermöglichen. Das sind nämlich die wirksamen Mittel, um Gewalt zu verhindern.

Kontakte:

Luca Maggi (Gemeinderat Grüne): 076 480 35 10

Moritz Bögli (Gemeinderat AL): 076 559 63 04

Tiba Ponnuthurai (Gemeinderätin SP): 079 573 96 75